

## **Niederschrift**

über die Sitzung (öffentlicher Teil)  
**des Ausschusses für Personal, Recht und Ordnung**  
am Dienstag, **24.04.2012**, 17:00 Uhr - 19:05 Uhr,  
Konferenzzimmer, Stadtweinhaus, Prinzipalmarkt 8-9, 48143 Münster

Anwesend waren:

### **von der CDU-Fraktion**

Magnus Adams , Georg Berding , Olaf Dreßen , Jürgen Ohm , Hans-Christoph Vogelberg , Simone Wendland

### **von der SPD-Fraktion**

Elke Leiendecker , Kurt Pölling , Friedhelm Schade

### **von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen/GAL**

Gerhard Joks , Heribert Klas , Dr. Rita Stein-Redent

### **von der FDP-Fraktion**

Hans Varnhagen (ab 17.20 Uhr)

### **von der Verwaltung**

Martina Arndts-Haupt , André Gunsthövel , Georg Heggemann , Wolfgang Heuer , Jochen Lücken , Michael Milde , Andreas Pott , Gerhard Rüller , Martin Schulze-Werner , Norbert Vechtel

### **für die Schriftführung**

Andrea Gottlob

### **Es fehlten:**

Jens-Ulrich Lenski , Thomas Marquardt , Fritz Pfau , Werner Quante , Florian Steinforth , Ahmet Yesilyaprak

### **Gäste im ersten öffentlichen Teil der Sitzung:**

Thomas Kollmann und Lothar Esser, Begegnungszentrum Kinderhaus  
Roland Böhm, Taxi-Zentrale e.G.  
Wolfgang Michels, Taxi-Ruf-Münster

### Tagesordnung

- |                           |     |                                                                                                                                                                         |
|---------------------------|-----|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|                           | 1.  | Eingänge und Mitteilungen                                                                                                                                               |
|                           | 2.  | mündlicher Bericht über die ordnungsrechtliche Situation in der "Schleife Kinderhaus"                                                                                   |
| <u>V/0223/2012</u><br>V   | 3.  | Anbieterneutrale Beratung und Hilfeplanung der wohnbezogenen Hilfen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (§ 67 SGB XII)                                 |
| <u>V/0923/2011</u><br>III | 4.  | Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms                                                                                                            |
| <u>V/0924/2011</u><br>III | 5.  | Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms                                                                                                 |
| <u>V/0658/2011</u><br>I   | 6.  | Änderung der Satzung der Stadt Münster über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen                                                                                     |
| <u>V/0207/2012</u><br>I   | 7.  | Taxitarife                                                                                                                                                              |
| <u>V/0220/2012</u><br>I   | 8.  | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Bereich Hammer Straße, für das Kalenderjahr 2012                  |
| <u>V/0248/2012</u><br>I   | 9.  | Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, für das Kalenderjahr 2012 - 2. Advent - |
|                           | 10. | Verschiedenes                                                                                                                                                           |

Frau Wendland begrüßte zunächst in der Nachfolge von Dr. Heinrichs Herrn Wolfgang Heuer als neuen Dezernenten für Bürgerservice, Ordnung, Personal und Organisation.

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlug Frau Wendland vor, den TOP 7 „Taxitarife“ an die Stelle des TOP 3 zu schieben, da zwei Vertreter des Taxi-Gewerbes in der Sitzung anwesend seien. Der Vorschlag fand allgemeine Zustimmung.

Herr Dreßen beantragte darüber hinaus für die CDU-Fraktion, die TOP 4 und 5 (Vorlagen zum Verkehrssicherheitsprogramm) sowie den TOP 9 zu schieben, da noch Beratungsbedarf bestünde. Nach kurzer Diskussion einigte sich der Ausschuss darauf, die TOP 4 und 5 (Vorlagen V/0923/2011 und V/0924/2011) heute zwar zu beraten, jedoch keine Entscheidung zu treffen. Da nach Auskunft der Verwaltung beide Vorlagen bereits für den AUB schon in der nächsten Ratskette (27.06.2012) vorgesehen seien, einigte sich der Ausschuss darauf, die Beschlussfassung zu vertagen und in der Sitzung des APRO am 22.05.2012 erneut aufzugreifen.

Die Vorlage V/0248/2012 zu TOP 9 wurde einvernehmlich ohne Beschlussfassung in den Hauptausschuss geschoben.

**Anmerkung:**

*Aufgrund weiterer Verschiebungen, die sich darüber hinaus noch im Laufe der Sitzung ergaben, wurde die Tagesordnung in der Reihenfolge 1., 2., 7., 3., 6., 8. – 10., 4. und 5. behandelt. In dieser Niederschrift ist die ursprüngliche Nummerierung der TOP beibehalten worden, jedoch der zeitlichen Abfolge entsprechend aufgeführt.*

*Zu beachten ist dabei, dass nach dem TOP 10 die öffentliche Sitzung unterbrochen und die nicht-öffentliche Sitzung eingeschoben wurde. Anschließend wurden in öffentlicher Sitzung die TOP 4 und 5 beraten.*

**Punkt 1 der Tagesordnung****Eingänge und Mitteilungen**

Frau Wendland erteilte Herrn Lüken in einer besonderen Angelegenheit das Wort. Herr Lüken berichtete von der Tochter eines Kollegen, die sehr schwer an Leukämie erkrankt sei und auf eine Knochenmarksspende warte. Herr Lüken wolle zur Unterstützung des Kollegen und um das Thema allgemein in das Bewusstsein der Menschen zu bringen, eine verwaltungsweite „Typisierungsaktion“ initiieren. Er stellte die Bitte in den Raum, auch Mitglieder anderer Gremien, der Fraktionen etc. für dieses Thema zu sensibilisieren. Frau Wendland erklärte, dass ihr der Fall bekannt sei, sie die Aktion sehr gut heiße und davon ausginge, dass die Ausschussmitglieder eine solche Aktion entsprechend unterstützen und den Hinweis / die Bitte von Herrn Lüken gerne aufgriffen.

Herr Schulze-Werner berichtete zur aktuellen Situation „occupy-Aktivist“ am Iduna-Hochhaus. Er wies auf einen anstehenden Ortstermin mit den Aktivisten am occupy-Zelt hin, bei dem es um Vorschläge zu alternativen Formen der Meinungskundgebung sowie möglicherweise auch um einen anderen Standort gehe. Ein längerfristiger Aufenthalt auf dem Servatiusplatz werde seitens der Stadt jedenfalls nicht mehr geduldet und gegebenenfalls beendet. Die Verwaltung werde weiter berichten.

Entsprechend der Bitte des Ausschusses aus der letzten Sitzung an die Verwaltung, zur Lösung des Problems „Fahrradkontrolldienst“ einen Vorschlag zu unterbreiten, stellte Herr Vechtel die Rahmenbedingungen für die Fortführung des Fahrradkontrolldienstes dar. Durch die Neuausrichtung der bundesgesetzlichen Regelungen zu den Arbeitsgelegenheiten würde bekanntlich die Anleiterstelle nicht mehr finanziert. Auch für das „Team Saubere Stadt“, das bei der Arbeitsmarktsinitiative im Amt für Schule und Weiterbildung angesiedelt sei, stelle sich die Frage der Finanzierung einer Anleiterstelle zum 01.06.2012. Insgesamt seien zzt. 36 Arbeitsgelegenheiten besetzt, davon 3 plus 2 vorgesehene Zuweisungen im Fahrradkontrolldienst. Es seien nun Überlegungen angestellt worden, das Team Saubere Stadt und den Fahrradkontrolldienst zusammen zu legen und jeweils eine 0,5 Anleiterstelle einzurichten, damit beide Arbeitsbereiche erhalten bleiben könnten. Durch die Zusammenlegung sei eine Finanzierung bis Ende 2012 gesichert. Bezüglich einer längerfristigen Finanzierung des Anleiterpersonals könnten erst in einigen Monaten Aussagen getroffen werden, wenn gesicherte Informationen dazu vorlägen.

Zu den beabsichtigten Einsätzen am 30.04. und 01.05. am Hiltruper See erklärte Herr Vechtel, dass das bewährte und erfolgreiche Konzept aus dem Jahr 2011 auch in 2012 angewendet werde. Es sei auch in diesem Jahr eine intensive Personalstärke von Ordnungsamt, privatem Sicherheitsdienst und Polizei geplant. Herr Vechtel stellte fest, dass die erhöhte Präsenz in Hiltrup im Bedarfsfall auch anderenorts z.B. Aasee oder Gievenbeck zugute käme. Die dadurch entstehenden Kosten in Höhe von rd. 3.500 € seien gut in die öffentliche Sicherheit investiert.

Keine weiteren Eingänge und Mitteilungen.

**Punkt 2 der Tagesordnung****mündlicher Bericht über die ordnungsrechtliche Situation in der "Schleife Kinderhaus"**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßte Frau Wendland Herrn Kollmann und Herrn Esser vom Begegnungszentrum Kinderhaus. Herr Kollmann bedankte sich zunächst für die Einladung und das Interesse des Ausschusses an der Problemlage in Kinderhaus. Er berichtete ausführlich über die Situation rund um den Sprickmannplatz und stellte die Entwicklung im Stadtteil sehr anschaulich dar.

Herr Vechtel bestätigte die Aussagen bezüglich der guten Zusammenarbeit zwischen Begegnungszentrum, Bezirksverwaltungsstelle, Polizei und Ordnungsamt. Die vom Polizeipräsidium gemeldeten Fallzahlen zur „klassischen“ Kriminalität im öffentlichen Raum belegten eine positive Entwicklung. Im gesamten Stadtteil Kinderhaus sei im Vergleich des 1. Quartals 2011 zu dem 1. Quartal 2012 ein Rückgang von 20 %, speziell in der Kinderhaus-Nordwest-Schleife ein Rückgang von 35 % der Einsätze zu verzeichnen. Herr Vechtel erklärte, dass die sogenannte „Ad-hoc-Schwerpunktbildung“ im letzten Jahr durch das gute Zusammenwirken aller Beteiligten vorbildlich funktioniert habe und in ein mittelfristiges Einsatzkonzept überführt werden konnte. Aktuell habe die Problemlage an Schärfe verloren, so dass der Einsatz auf einen „Stand-by-Modus“ zurück gefahren werden könne, um bei erneut aufkommenden Problemen kurzfristig reagieren zu können.

In der anschließenden Diskussion beantworteten Herr Kollmann und Herr Vechtel die Fragen aus dem Ausschuss. Zum Abschluss bedankte sich Frau Wendland bei den beiden Herren für die ausführlichen Informationen. Es wurde vereinbart, den Bericht von Herrn Kollmann als Anlage der Niederschrift beizufügen.

**Punkt 7 der Tagesordnung  
V/0207/2012****Taxitarife**

Frau Wendland begrüßte zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Böhm von der Taxi-Zentrale e.G. sowie Herrn Michels von Taxi-Ruf Münster. Zunächst begründete Herr Böhm ausführlich die aus seiner Sicht notwendige Erhöhung der Taxitarife. Auch Herr Michels hielt die Erhöhung für dringend nötig, stellte jedoch ausdrücklich fest, dass er eine andere Berechnung des Tarifes vorsehen würde. Herr Gunsthövel erläuterte aus Sicht der Verwaltung den Systemwechsel in der Tarifberechnung.

Es entstand eine intensive Diskussion, in deren Verlauf die vielen Fragen bezüglich Kostensteigerungen, Qualitätsverbesserung, Systemwechsel und mehr von den drei Herren beantwortet wurden. Herr Schulze-Werner führte darüber hinaus noch allgemein zur Situation des Taxigewerbes und der Praxis bei der Vergabe der Taxikonzessionen aus. Er wies dabei darauf hin, dass ganz überwiegend positive Erfahrungen gemacht würden. Nur in wenigen Ausnahmefällen gäbe es die sog. ‚schwarzen Schafe‘, die leider das Gewerbe insgesamt in Verruf brächten.

Frau Wendland beantragte zur fraktionsinternen Absprache eine kurze Sitzungsunterbrechung von 5 Minuten. Die öffentliche Sitzung wurde in der Zeit vom 18.10 Uhr bis 18.15 Uhr unterbrochen.

Bei Wiedereinstieg in die Sitzung beantragte Frau Wendland für die CDU-Fraktion, die Vorlage in den Hauptausschuss zu schieben, da aufgrund der heute gewonnenen Erkenntnisse weiterer Beratungsbedarf bestünde. Hierzu bestand Einvernehmen innerhalb des Ausschusses, so dass die Vorlage ohne Beschlussfassung geschoben wurde.

Frau Wendland bat die beiden Vertreter von Taxi-Ruf-Münster und Taxi-Zentrale eG, zu den hier aufgeworfenen Fragestellungen wie Verbandsstruktur, Konzessionen, Mitarbeiterstruktur

und Qualitätsverbesserung kurze schriftliche Informationen zusammen zu stellen und aufgrund der Dringlichkeit möglichst zeitnah Herrn Gunsthövel zu übersenden. Sie richtete die Bitte an Herrn Gunsthövel, dies dann unmittelbar an die Fraktionen weiterzuleiten.

**Punkt 3 der Tagesordnung  
V/0223/2012**

**Anbieterneutrale Beratung und Hilfeplanung der  
wohnbezogenen Hilfen für Menschen mit besonde-  
ren sozialen Schwierigkeiten (§ 67 SGB XII)**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

1. Das Angebot des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe (LWL), die Stadt Münster gegen Kostenerstattung mit der anbieterneutralen Beratung und Hilfeplanung der wohnbezogenen Hilfen für Menschen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten (§ 67 SGB XII) zu beauftragen, wird zunächst befristet bis zum 31.12.2013 angenommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, rechtzeitig vor Ablauf des dafür abzuschließenden Vertrages mit dem LWL die Weiterführung dieser Aufgabe insbesondere bzgl. der angestrebten Refinanzierung der erforderlichen Personalkosten zu prüfen.
3. Die Verwaltung wird ermächtigt, für die Wahrnehmung dieser neuen Aufgabe zusätzliches Personal befristet im Umfang von bis zu 1,3 Stellenanteilen (Entgeltgruppe 9 bzw. Besoldungsgruppe A 10) zu beschäftigen. Darüber hinaus ist eine Stundenaufstockung nur möglich, soweit diese durch entsprechend höhere Erstattungsbeträge des LWL gedeckt ist.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Anhand der gemeldeten Fallzahlen des LWL ist mit Erträgen aufgrund der Zahlung von Fallpauschalen durch den LWL i. H. v. ca. 75.000 € zu rechnen. Mit diesen zusätzlichen Erträgen ist eine kostenneutrale Finanzierung von bis zu 1,3 Stellenanteilen für die Aufgabenwahrnehmung möglich.

**Punkt 6 der Tagesordnung  
V/0658/2011**

**Änderung der Satzung der Stadt Münster über  
Sondernutzungen an öffentlichen Straßen**

An die Mitglieder wurde der nachfolgende Änderungsantrag der SPD-Fraktion verteilt. Herr Pölling begründete den Antrag:

„Der APRO möge beschließen:

1. Die Anpassung der Gebührentarife erfolgt mit Wirkung vom 01.01.2013
2. Der lfd. Nr. 2 der Anlage zur Anlage 1 der Änderung der Satzung (Art der Sondernutzung) wird hinzugefügt „**Jahrespauschale Januar bis Dezember**“. Die bisherigen Gebührentarife werden entsprechend der vorgesehenen Erhöhung (43,8 %) angehoben.“

Nach kurzer Diskussion und Stellungnahme der Verwaltung zu dem Thema „Jahrespauschale“ beschloss der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einstimmig, dem Rat die Annahme des Beschlussvorschlages mit **folgenden Änderungen** zu empfehlen:

„I. Sachentscheidung:

Die als Anlage 1 beigefügte Satzung zur Änderung der „Satzung der Stadt Münster über Sondernutzungen an öffentlichen Straßen“ (Amtsblatt der Stadt Münster 2002, S. 191) nebst dem Tarif gem. § 8 Abs. 2 werden beschlossen. **Die Anpassung der Gebührentarife erfolgt mit Wirkung vom 01.01.2013.**

**Der lfd. Nr. 2 der Anlage zur Anlage 1 der Änderung der Satzung (Art der Sondernutzung) wird hinzugefügt: „Jahrespauschale Januar bis Dezember). Die bisherigen Gebührenbeträge werden entsprechend der vorgesehenen Erhöhung (43,8 %) angehoben.**

II. Finanzielle Auswirkungen:

| Teilergebnisplan |      |                                         |                 |                |             |
|------------------|------|-----------------------------------------|-----------------|----------------|-------------|
|                  | Nr.  | Bezeichnung                             | Haush.-<br>jahr | Betrag<br>€    | Bemerkungen |
| Produktgruppe    | 0201 | Ordnungsrechtliche Angelegenheit        |                 |                |             |
| Zeile            | 04   | Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte | 2012 ff.        | ca.<br>25.000“ |             |

**Punkt 8 der Tagesordnung  
V/0220/2012**

**Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Bereich Hammer Straße, für das Kalenderjahr 2012**

Herr Klas gab eine ausführliche Stellungnahme für seine Fraktion zur Vorlage ab. Er wies darauf hin, dass er der Vorlage zustimmen werde, er aber nach wie vor die Bitte an die Verwaltung habe, dass diese sich hier eng an das Gesetz halte. Dies habe er bereits in der letzten Sitzung zum gleichen Thema für den Stadtbezirk Münster-Nord angemerkt. Der Einzelhandel solle sich die verkaufsoffenen Sonntage nicht aussuchen können, man müsse hier „genauer hinschauen“. Er bekräftigte ausdrücklich seine Sichtweise. Unabhängig davon bestehe aber Konsens darüber, dass etablierte, also langfristig bestehende Feste nicht in Frage gestellt würden.

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung beschloss sodann einstimmig, dem Rat die Annahme des folgenden **Beschlussvorschlages** zu empfehlen:

I. Sachentscheidung:

Die als **Anlage 1** beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung wird beschlossen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Es entstehen keine Kosten und keine Folgekosten.

**Punkt 9 der Tagesordnung  
V/0248/2012**

**Ordnungsbehördliche Verordnung über das Offenhalten der Verkaufsstellen im Stadtbezirk Münster-Mitte, Altstadt/Bahnhofsviertel, für das Kalenderjahr 2012 - 2. Advent -**

Der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung hatte sich bereits zu Beginn der Sitzung einvernehmlich darauf geeinigt, die Vorlage ohne Beschlussfassung zu schieben.

**Punkt 10 der Tagesordnung****Verschiedenes**

Es gab keine Wortmeldungen.

***Die öffentliche Sitzung wurde an dieser Stelle um 18.35 Uhr bis 18.50 Uhr unterbrochen, um die nicht-öffentliche Sitzung einzuschieben.***

**Punkt 4 der Tagesordnung  
V/0923/2011****Priorisierung der Maßnahmen des Verkehrssicherheitsprogramms**

Nach Wiedereinstieg in die öffentliche Sitzung um 18.50 Uhr bestand Einvernehmen, die Vorlagen V/0923/2011 und V/0924/2011 (TOP 4 und 5) zusammen zu beraten. Herr Joksche gab zunächst für seine Fraktion eine ausführliche Stellungnahme ab und forderte nachdrücklich dazu auf, das Thema dringend anzugehen. Nach weiterer Diskussion im Ausschuss bestand Konsenz, dass das hochbrisante Thema „Verkehrssicherheit“ in fraktionsübergreifender Zusammenarbeit angegangen werde. Herr Heuer gab abschließend für die Verwaltung eine Stellungnahme ab und ging dabei insbesondere auf die Wirksamkeit der Maßnahmen ein. Er sagte weitere Unterstützung der Ratsgremien zu deren Entscheidungsfindung zu.

Bereits zu Beginn der Sitzung hatte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einvernehmlich darauf verständigt, die Vorlage heute zu beraten, jedoch die Entscheidung in die nächste Ratskette zu vertagen.

**Punkt 5 der Tagesordnung  
V/0924/2011****Finanzielle und personelle Ausstattung des Verkehrssicherheitsprogramms**

Siehe hierzu Ausführungen zu TOP 4.

Bereits zu Beginn der Sitzung hatte sich der Ausschuss für Personal, Recht und Ordnung einvernehmlich darauf verständigt, die Vorlage heute zu beraten, jedoch die Entscheidung in die nächste Ratskette zu vertagen.

Nach Abschluss der Beratung des TOP 5 (zeitlich an den Schluss der Sitzung verschoben) war die Sitzung um 19.05 Uhr beendet.

Simone Wendland  
Vorsitz

Andrea Gottlob  
Schriftführung